

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1950**

159 (14.7.1950)

# BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 83. Chefredakteur: Willy Grimm m. Vertriebsfilialen: Heidelberg, Rohrbacher Straße 13-15, Ruf 3421/23-61; Karlsruhe, Amalienstr. 63, Ruf 4023; Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2396; Weinheim, Hauptstr. 63, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 077, Städt. Sparkasse Mannheim Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigen-Preisliste Nr. 3. Anzeigen werden entgegengenommen in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 — Nr. 159

Freitag, 14. Juli 1950

Preis 15 Pfg.

## Organisiert Gewerkschafts- und Betriebsaktionen gegen Teuerungswelle!

Dem Raubzug der Bonner Millionär-Regierung muß durch Proteststreiks Einhalt geboten werden

Mannheim. (EB.) „Es wird weder eine Fettsteuer noch eine Brotpreiserhöhung kommen“, so erklärte wiederholt der Kanzler des Separatstaates, Dr. Adenauer. Dies hat er noch erklärt, als die Brotpreiserhöhung bereits Tatsache war. Er glaubte, getrost in die Schweiz zur Erholung fahren zu können, denn „zur Beunruhigung bestehe keine Ursache“.

Die Fettsteuer kam in Form der Ausgleichsabgabe für Margarine. Der Brotpreis aber hat eine Erhöhung erfahren, ganz nach Gutdünken, in jedem Land und in jeder Stadt verschieden. Die Preise anderer Lebensmittel folgten, Nudeln, Grieß, Haferflocken, alles hat den Tanz nach oben mitgemacht. In Mannheim wird für diese Waren eine 20prozentige Erhöhung verzeichnet. Dazu ist der Zucker rar geworden, und wo er noch zu bekommen ist, auch meist nur mit einem Aufschlag.

Der Großhandel gibt Empfehlungen zur Preissteigerung. Die Mühlenverbände ebenfalls und die Bäckerinnungen und Obermeister stehen ihnen nicht nach. Die Teuerungswelle geht über Westdeutschland hinweg und hat auf einen Schlag dem Arbeiter, Beamten, dem Firsorgeempfänger und Rentner ein Sechstel bis ein Fünftel seines Einkommens geraubt.

In Bonn, wo die Preissteigerung ausgelöst wurde, redet man von Preiskontrollen, schiebt dabei auf die Länderregierungen und diese waschen ihre Hände in Unschuld, indem sie die Verantwortung auf die örtlichen Instanzen schieben.

Von Bonner Regierungsbeauftragten wurde das schöne Wort „Käuferstreik“ geprägt, mit dem die Konsumenten die Preisregelung erzwingen sollen.

Der Schaffende braucht täglich sein Brot. Er hat keine Ernährungsreserve, um darauf verzichten zu können. Er darf auch nicht dumm genug sein, sich auf den zu nichts führenden Irrweg locken zu lassen. Er verfügt über ein Mittel, mit dem er der Preissteigerung zu Leibe rücken kann. Die Bonner Regierung und der Chor der Preistreiber in der Wirtschaft sind sehr empfindlich, wenn die Arbeiter das Mittel des Proteststreiks in Anwendung bringen.

Der damalige Beschluß der Gewerkschaftsdelegierten in Rheinland-Westfalen, einen Proteststreik durchzuführen, den der Bundes-

vorstand des DGB auf die lügnerischen Versprechungen Dr. Adenauers hin abwürgte, war voll und ganz richtig gewesen. Was damals richtig war, angesichts der Drohung einer Brotpreiserhöhung, ist erst recht richtig, nachdem sie durchgeführt wurde.

Verantwortlich für das neuerliche Emporschnellen der Preise, das nicht Halt macht bei Brot, Teigwaren und Fett — sind die Wirtschaftsbeauftragten der Hohen Kommission und die Herren des Bonner Wirtschaftsministeriums. Diese befürworteten die Anpassung der Inlandpreise an den westlichen Weltmarkt. Die Bonner Millionärregierung hat das Steueraufkommen der großen Vermögen um 900 Millionen DM pro Jahr gesenkt. Dazu ist sie nicht bereit, 80 Millionen DM für Subventionen aufzubringen, die die Preise der wichtigsten Volksnahrungsmittel zu stabilisieren.

Die Gewerkschaftsführung wechselt Briefe mit Bonn und versichert „aufmerksam die Preisentwicklung zu verfolgen“. Damit ist es nicht getan. Ihre Aufmerksamkeit müßte

der Erwägung aller wirksamen Mittel zum Abwehrkampf gegen die Preissteigerung gelten. Wenn sie denkt und fühlt, was die Arbeiter denken und fühlen, dann muß sie zu Handlungen kommen. Die Situation verlangt dies.

Dr. Schumacher hat an den Tagen, wo die Preistreiber einsetzte, seine „vertraulichen Gespräche“ mit dem Brotverteurer Adenauer geführt. Ihm lag nicht im Sinn, was das schaffende Volk bewegt. Er und seine Freunde wollen nur dabei sein, wenn der Europarat beschickt und der wirtschaftliche Versklavungs- und Kriegsplan Schumanns ausgekocht wird.

In allen Volkskreisen herrscht Empörung über die neuerliche Teuerungswelle. Hausfrauen haben in Protestversammlungen mit Entrüstung die Maßnahmen der Bonner Regierung verworfen. Der Protest muß noch stärker werden.

In allen Betrieben muß Stellung genommen und in allen Gewerkschaftsversammlungen die Forderung zur Durchführung eines Proteststreikes erhoben werden.

Arbeiter, folgt den Beispielen, die bereits gegeben wurden! So hat eine Delegiertenkonferenz der Industriegewerkschaft Metall der Verwaltungsstelle Bochum vom Bundesvorstand der Gewerkschaften die sofortige Aufnahme von Schriften verlangt, die geeignet sind, die Erhöhung abzuwenden und diesem gelobt, ihre ganze Kraft einzusetzen, damit eine Gewerkschaftsaktion gegen die Preissteigerung erfolgreich ausgehen wird.

Eine Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier, Stuttgart, forderte gewerkschaftliche Mittel bis zum Proteststreik einzusetzen um den Anschlag auf die Lebenshaltung des schaffenden Volkes abzuwehren.

Fordert in den Betrieben Lohnerhöhungen, organisiert Proteststreiks gegen die Teuerungswelle!



Verteidigt Euer täglich Brot!

### Jetzt Kampf um die Löhne

Es hat wirklich viel zu lange gedauert, bis der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes und sein Vorsitzender, Dr. Böckler, sich der von den Kommunisten seit Adenauers Wahl zum Chef der westdeutschen Protektorsverwaltung immer wieder mit Nachdruck vertretenen Warnung angeschlossen haben, diesem Dr. Adenauer, dem Kanzler der Konzernherren, kann man, wenn er den Werktätigen Versprechungen macht, kein Wort glauben. Alle seine diesbezüglichen feierlichen Erklärungen hat er bedenkenlos auf die Seite geschoben, angefangen von der Verheißung der Regierungserklärung, alles in seinen Kräften stehende zur Verbesserung der Lage der Werktätigen zu tun, bis zu den Versprechungen, die er in der vergangenen Woche zweimal einer Delegation des Bundesvorstandes in Bonn (Fortsetzung auf Seite 2)

### Ein verschleierte Rüstungs-Etat

Walter Fisch ruft das deutsche Volk zur Abwehr auf — Adenauer im Bündnis mit dem Petersberg

Bonn. (EB.) Ein politisches Gesetz von außerordentlicher Tragweite nannte Abg. Fisch (KPD) den Entwurf zur „Überleitung der Besatzungs- und Kriegsforderungen auf den Bund“. Finanzminister Schäfer und die Sprecher der bürgerlichen Fraktionen hatten versucht, die Vorlage als eine finanztechnische zu behandeln. Demgegenüber betonte Walter Fisch, daß das Adenauer-Kabinetts sich mit diesem Gesetzentwurf einen verschleierte Rüstungsetat schaffen wolle, gegen den zu protestieren die KPD-Fraktion die Bevölkerung aufraute.

Zu den Besatzungslasten, sagte der Sprecher der KPD-Fraktion, würden nach den Unterlagen nicht nur die Forderungen für den Unterhalt der fremden Soldaten, sondern

auch Ausgaben für strategische Aufgaben gerechnet. Seine Fraktion wende sich gegen die in diesen Fragen verfolgte Geheimpraxis. Der vom Petersberg aufgestellte „Besatzungshaushalt“ sei schon am 8. März der Protektorsverwaltung zugeleitet worden, aber bisher habe der Bundestag davon keine Kenntnis erhalten. Walter Fisch beantragte, daß

- a) die Forderungen der Hohen Kommissare unverzüglich dem Parlament unterbreitet würden,
- b) eine genaue Aufstellung vorgelegt werde was von diesen Forderungen Besatzungskosten seien und was Ausgaben für andere Zwecke,
- c) keine etwamäßige Vermischung der Kosten der Besetzung mit anderen Kriegsforderungen stattfinden.

Die Vorlage, erklärte er weiter, deren unverzügliche Zurückziehung seine Fraktion fordere, bedeute, daß deutsche Stellen freiwillig die Verantwortung für die Aufbringung der Besatzungslasten übernehmen wollten. Es sei aber einer deutschen Regierung unwürdig, dies noch dazu aus freien Stücken zu tun und Aufbringung und Verteilung der Besatzungsforderungen nach deutschem Recht zu regeln. Das Adenauer-Kabinetts wolle durch die Vorlage die Regelung der ganzen Frage aus der Länderverantwortung herausnehmen, um dem Petersberg eine bessere Garantie für die Aufbringung der von ihm diktierten Kosten zu geben. Bisher hätten immerhin einzelne Länderregierungen gegen die unerträgliche Höhe der Besatzungslasten protestiert und eine genaue Aufstellung über die Verwendung verlangt. Das wolle die Protektorsverwaltung jetzt unterbinden. Da die KPD aus dem Ausschluß für Besatzungsfragen ausgeschaltet sei, betonte Walter Fisch, rufe sie vom Plenum aus die Bevölkerung auf, sich gegen die zwischen Petersberg und dem Adenauer-Kabinetts ausgearbeiteten Pläne zur Wehr zu setzen.

### Solidarität der Werktätigen mit koreanischem Volk!

Weltwoche der aktiven Gemeinschaft — Ein Aufruf des WGB

Paris. Das aktive Eintreten der Werktätigen der ganzen Welt für den großen und gerechten Freiheitskampf des koreanischen Volkes fordert der WGB in einem Appell, der in Paris beschlossen wurde, und in welchem zu einer Weltwoche der Solidarität mit den koreanischen Brüdern aufgerufen wird. Der FDGB hat sich diesem Appell angeschlossen. In dem Solidaritätsaufruf des WGB heißt es:

„Dem Weltgewerkschaftsbund ist eine Deklaration des Zentralkomitees der vereinigten Gewerkschaften von Nord- und Südkorea über den amerikanischen Einfall in Korea zugegangen. Ferner liegen dem WGB Informationen über die ersten Aktionen einer Reihe von Gewerkschaftsorganisationen zur Verteidigung des koreanischen Volkes vor. Der WGB verpflichtet allen Gewerkschaftsorganisationen bei, die sich gegen die bewaffnete amerikanische Aggression in Korea wenden, und unterstützt sie.“

In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß der WGB bereits 1947 das Terrorregime Syngman Rhee entlarvte. Sein Ziel war es, mit Hilfe der USA die Herrschaft der ewigen Unterdrücker des koreanischen Volkes, der

Feudalherren, Gutsbesitzer, Großkapitalisten und Volksverräter mit Gewalt aufrecht zu erhalten. Die Welt muß erfahren, so hebt der WGB in seinem Aufruf hervor, daß die amerikanische Luftwaffe die koreanische Bevölkerung bombardiert, um die Herrschaft der ewigen Unterdrücker aufrecht zu erhalten.

„Die Solidarität mit den Völkern Asiens ist kein leeres Wort“.

heißt es abschließend in dem WGB-Aufruf. „Sie ist eine Ehrenpflicht der Werktätigen, besonders der Werktätigen in den USA, in Großbritannien, Frankreich, Holland und allen kapitalistischen Ländern.“

Der WGB ruft alle ihm angeschlossenen Organisationen auf, vom 10. Juli an eine Weltwoche der aktiven Solidarität mit dem koreanischen Volk durchzuführen. Der WGB empfiehlt die Organisation von Volkskundgebungen, auf denen der unverzügliche Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Korea gefordert werden muß.“

### Mehrere Durchbrüche der koreanischen Volksarmee

Die USA-Aggressoren hegen Furcht ihren Landekopf Pusan nicht halten zu können

Tokio. (Nach Reuter, apf u. ins.) Die koreanische Volksarmee stößt weiter nach Süden vor. Im Raum von Dschungtschu und Tanjang gelangen ihr mehrere Durchbrüche. Zwei ihrer Divisionen stehen bereits etwa 75 km vor Kumtschon mit dessen Fall die amerikanischen Interventionstruppen ihre Rückzugs- und Nachschublinien nach Pusan verlieren werden.

Südlich Dschungtschu beträgt der gestrige Einbruch der koreanischen Volksarmee in die amerikanischen Verteidigungslinien 25 km. Bei Tanjang wurde der Han-Fluß überschritten.

An der Ostküste hat ein Stoßkeil der Volksarmee das Gelände nördlich von Pohang erreicht. Trotz der amerikanischen und britischen Gegenwehr, trotz des Einsatzes der Artillerie schwerer Schiffselheiten landete hier etwa 130 km nördlich von Pusan, die koreanische Volksarmee eine Division.

Im Lager der amerikanischen Interventionisten betrachtet man als Ziel der Strategie der koreanischen Volksarmee, den Aggressoren bei Pusan ein Dünkirchen zu bereiten. Von der „Durchhaltelinie“ am Kum-Fluß und bei Taidtschon wird nicht mehr gesprochen.

Volksarmee sei ausgezeichnet, und es wird bei den amerikanischen Interventionisten erörtert, ob der „endgültige Widerstand“ erst bei Pusan, dem Landekopf der Amerikaner geleistet werden könnte. Die z. Z. vor sich gehende Zangenbewegung, der Stoß der koreanischen Volksarmee auf Taidtschon und der von Dschungtschu und Tanjang (Mittelabschnitt), müsse sich bei dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Taiku treffen.

Die Interventionisten sehen für sich selbst in Korea schwarz und fühlen sich nicht sicher Pusan, den Landekopf, halten zu können. Sie befürchten, völlig aus Korea herausgeworfen zu werden. Die Interventionisten haben es für gut gefunden, die Weltöffentlichkeit auf weitere Niederlagen vorzubereiten. Diese werden auch kommen!

Volksarmee sei ausgezeichnet, und es wird bei den amerikanischen Interventionisten erörtert, ob der „endgültige Widerstand“ erst bei Pusan, dem Landekopf der Amerikaner geleistet werden könnte. Die z. Z. vor sich gehende Zangenbewegung, der Stoß der koreanischen Volksarmee auf Taidtschon und der von Dschungtschu und Tanjang (Mittelabschnitt), müsse sich bei dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Taiku treffen.

### Zerschlagt die Offensive der Unternehmer

Angriff der Werkdirektoren gegen die Rechte der Betriebsarbeiter — Betriebsräte der Howaldt-Werke verhaftet — Belegschaftsversammlung verboten — Organisiert in den Betrieben die Front der Abwehr

Hamburg. (EB.) Der von den Unternehmern der Howaldt-Werke mit der fristlosen Entlassung der Betriebsräte Funk und Wienecke eingeleitete Angriff auf die gewerkschaftlichen und verfassungsmäßigen Rechte und Positionen der Arbeiterschaft nimmt immer ernster Formen an. Nachdem unter fadenscheinigen Begründungen die Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden verfügt wurde, sind die beiden gemäßregelten Kollegen am Dienstag auf Veranlassung der Direktion durch Kriminalpolizei auf dem Werftgelände verhaftet und aus dem Betrieb gebracht worden.

Die Direktion hatte sich ihre Willkürmaßnahme durch einen eiligst herbeigeführten Schiedsspruch, an dem die Gewerkschaftsführer Saalfeld und Deibicht beteiligt waren, als zu Recht bestehend, bestätigen lassen. Geht es doch bei den Howaldt-Werken darum, diese entscheidende Wert mit in die Berechnungen zu den Kriegsvorbereitungen einzubeziehen, und dabei waren die entschiedenen Friedenskämpfer Funk und Wienecke im Wege.

Wie es ihre Pflicht als gewählte Vertrauensräter der 2500 Howaldt-Arbeiter ihnen vorschreibt, begaben sich die beiden gemäßregelten Kollegen am Dienstag auf das Werftgelände, um das demagogische Spiel, das bei dem Zustandekommen des Schiedsspruchs getrieben wurde, zu entlarven und die von der Direktion in die gesamte bürgerliche Presse lancierten Unwahrheiten richtigzustellen.

Nach einer Betriebsratsitzung wurde der Betriebsleitung mitgeteilt, daß der Gesamtbetriebsrat in der Frage der Maßregelung eine Unterredung mit der Direktion fordere. Die Direktion lehnte diese Forderung ab und betonte, daß sie den Gesamtbetriebsrat nicht empfangen werde. Als Antwort darauf beschloß der Betriebsrat die Einberufung einer Betriebsversammlung, die während der Mittagspause durchgeführt werden sollte. Die Werftleitung kehrte den „Herr-im-Hause“-Standpunkt heraus und betonte, daß sie eine Zusammenkunft der Belegschaft auch in der Pause auf dem Werftgelände nicht dulde. Mit aller Entschiedenheit verwahrte sich der Betriebsrat gegen die Vergewaltigung der gewerkschaftlichen und verfassungsmäßigen Rechte der Belegschaft und bestand auf der Durchführung der Belegschaftsversammlung.

Als der Einsatz direktionshöriger Elemente zur Hintertreibung dieser Versammlung nicht ausreichte, wurde die Kriminalpolizei alarmiert, die die Kollegen und gewählten Betriebsräte Funk und Wienecke auf dem Werftgelände verhafteten.

Zum erstenmal seit der Nazizeit wurde in den Howaldt-Werken wieder Polizei zum Schutz der Unternehmerinteressen gegen die Werktätigen eingesetzt. Noch vor einer Woche wurde auf der Werft in einer Erinnerungsfest der durch den Nazismus gemordeten Widerstandskämpfer der Baestlein-Gruppe im Kampf um den Frieden gedacht. Wenige Tage später startete die Direktion ihren Angriff gegen die Rechte der Belegschaft. Die fristlose Entlassung und die Verhaftung der beiden Betriebsräte ist nun zu einer Angelegenheit geworden, die nicht nur die Hamburger Werftbetriebe angeht, sondern die alle fortschrittlichen Menschen, insbesondere die Gewerkschaftler, alarmieren muß. Organisiert in allen Betrieben die Solidarität mit den Howaldt-Kollegen. Nun, wo alles darauf ankommt, den Frieden zu sichern und das Mitbestimmungsrecht zu erkämpfen muß der Angriff der Unternehmer durch die Geschlossenheit und Solidarität mit allen gemäßregelten Kollegen zurückgeschlagen werden.

### Im Streifenlicht gesehen

Ein Grundstein und bürgermeisterliche Stillistik

Reinbek (Schleswig-Holstein) (dpa). Der Grundstein des Reinbeker Rathauses, das inzwischen bereits gerichtet ist, muß wieder ausgegraben und aufgedeckt werden. Die Reinbeker Gemeindevertreter beanstanden eine Urkunde, die darin eingemauert worden ist. Sie enthalte lächerliche Wendungen und sei stillistisch nicht einwandfrei. Der Bürgermeister habe sie ohne Wissen der Gemeindevertretung angefertigt. Dieser entschuldigte sich mit dem Hinweis, daß der Termin für die Grundsteinlegung erst sehr spät bekannt geworden sei und er zum Diktieren nur drei Tage Zeit gehabt habe. Der Vorschlag eines Gemeindevertreters, im Turm des Rathauses eine zweite Urkunde einzumauern, in der gesagt werde, daß man mit der Urkunde im Grundstein nicht einverstanden sei, wurde abgelehnt. Stattdessen soll eine neue Urkunde angefertigt werden, die kurz und sachlich sein soll und der Gemeindevertretung vor dem Einmauern vorgelegt werden muß.

Sieben Großtanks ausgebrannt

Fairview (Oklahoma). Eine Kettexplosion im Zentrum der Stadt Fairview in Oklahoma (USA) setzte am Mittwoch sieben Großtanks mit Benzin und Öl in Brand. Zwölf Personen wurden verletzt. (Nach Reuter.)

Schwarze Fünflinge starben am ersten Lebensstag

Williamston (Nord-Karolina). Viola Brown, eine farbige Amerikanerin, hat am Mittwoch Fünflinge — drei Knaben und zwei Mädchen — zur Welt gebracht, die schon wenige Stunden nach ihrer Geburt starben. Vor zwei Jahren gebar die gleiche Negerin Vierlinge, die tot zur Welt kamen. (Nach stp.)

Drei Deutsche wegen Judenverschleppung zum Tode verurteilt

Den Haag. Ein Haager Sondergericht verurteilte am Mittwoch drei Deutsche zum Tode, nachdem sie für schuldig befunden worden waren, während der deutschen Besetzung Hollands Tausende von Juden deportiert zu haben. Die Verurteilten sind der frühere Leiter der deutschen Sicherheitspolizei in Amsterdam, Willy Lages, sowie Franz Fischer und F. H. aus der Fuenten.

Lages wurde schuldig befunden, rund 70 000 holländische Juden zur Deportation nach Polen verhaftet zu haben. Die Anklage warf ihm ferner vor, er habe zahlreiche andere Holländer zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschickt. Fischer war der Beihilfe bei der Deportation von über 13 000 Juden aus dem Haager Gebiet angeklagt. Die Anklage gegen aus der Fuenten lautete auf Organisation von Razzien gegen Juden im Haag während der gesamten deutschen Besatzungszeit. Fischer und aus der Fuenten waren in früheren Prozessen zu lebenslangem Gefängnis verurteilt worden. (Nach Reuter.)

Verhängnisvolles Spiel mit der Eierhandgranate

Warburg (Regierungsbezirk Detmold). (dpa.) In der Nähe von Warburg fanden Kinder beim Ziegenhüten eine Eierhandgranate, die sie in ein noch glimmendes Sägemehlfeuer warfen. Bei der Explosion erlitt ein zehnjähriger Junge eine tödliche Kopfverletzung. Ein anderer Junge, dem Sprengstücke in das rechte Auge flogen, wurde schwer verletzt.

Die Eltern des Zehnjährigen haben von ihren drei Kindern bereits vor einigen Jahren einen 15-jährigen Jungen verloren, der beim Holzfällen tödlich verunglückte.

(Fortsetzung von Seite 1)

machte, weder den Brotpreis zu erhöhen, noch eine Fettsteuer einzuführen. In Schleswig-Holstein wurde nach dem Fortfall der Subventionen am 1. Juli das Drei-Pfund-Brot bei gleichem Preis bis zu 250 g leichter, das entspricht einer Preiserhöhung von 20 v. H. In Nordrhein-Westfalen beschloß der Verband der Bäcker eine durchschnittliche Preiserhöhung von 10 v. H. Schon hat die Protokollverwaltung beschlossen, das in Beratung befindliche Milchgesetz so zu ändern, daß eine „Ausgleichsabgabe“ auf Margarine und Speiseöl von DM 0,25 je Kilo erhoben wird. Die ersten Besprechungen in diesem Sinne wurden schon im April mit der Margarineindustrie geführt, teilte Dr. Stab, der Ministerialdirektor im Ernährungsministerium der Presse mit. Das sind reale, durch Adenauer erzeugte Tatsachen.

Ihm ging es jeweils nur darum, die werktätigen Massen über seine Absichten zu täuschen, sie vom Kampf zur Sicherung und zur Verbesserung ihrer Lage abzuhalten. Adenauer wußte ganz genau, daß die von den Amerikanern geforderte Beseitigung der Subventionen zu einer Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel führen mußte. Am 4. Januar erklärte er vor der Bundespressekonferenz auf die Frage unseres Vertreters, ob nicht durch seine Bereitschaft, den amerikanischen Befehl auf Beseitigung der Subventionen durchzuführen, mit schweren Lohnkämpfen in der Zukunft zu rechnen sei, man müsse alles so „ordnen“, daß es ohne solche Kämpfe gehe. Die unverantwortliche Vertrauensseligkeit der Führung des DGB hat es Dr. Adenauer verflüchtigt gemacht, die Werktätigen trotz immer neuer Belastungen nur mit Versprechungen vom Kampf abzuhalten.

Sie wissen, was sie tun. Im vergangenen Dezember ließ der Ernährungssachbearbeiter der Protokollverwaltung, Dr. Niklas, durch das „Presse- und Informationsamt der Bundesregierung“ erklären: „daß nicht beabsichtigt ist, im laufenden Wirtschaftsjahr die Preise für Getreide zu ändern.“

Niklas wußte damals, daß die Subventionen mit Ablauf des Getreidewirtschaftsjahres fallen sollten.

Das war in den ersten Wochen der Kabinettsitzung beschlossen worden, wie jüngstens Pressechef Dr. Brand den Journalisten mitteilte. Derselbe Dr. Niklas ließ beim Beginn des neuen Wirtschaftsjahres verkünden: „daß im Zusammenhang mit dem Wegfall der Subventionen eine Erhöhung des Preises für Inlandgetreide eintreten werde.“

Das wußte er aber auch schon im Dezember. Inzwischen wurden Preiserhöhungen für Getreide bis zu 23 v. H. auf dem Gesetzweg angeordnet. Trotzdem wird nach jeder Kabinettsitzung in der Pressekonferenz versichert, das Kabinett habe erneut beschlossen, jede „führbare“ Erhöhung des Brotpreises (der Pressechef Dr. Brand erklärte vor wenigen Tagen, daß heißt praktisch, jede Brotpreiserhöhung) zu verhindern. Der Rundfunk und die bürgerliche Presse verbreiteten das, trotz entgegenstehender Tatsachen, zur Vernebelung der Massenhirne prompt weiter.

Das Gleiche sehen wir auf dem Fettsektor. Um die Arbeiter, Angestellten und Beamten von Protest- und Lohnstreiks abzuhalten, ließ die Protokollverwaltung als unumstößlichen Beschluß immer wieder verkünden, sie werde beim Fortfall der Subventionen am 1. Juli 1950 nicht wieder die Fettsteuer einführen. Um das Manöver auch wirklich echt erscheinen zu lassen, legte das Kabinett dem Bundesrat am 21. Juni ein „Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten“ vor, in dessen Paragraph 21 ausdrücklich die Aufhebung der Fettsteuer vorgeschlagen wurde. Als jedoch der Bundesrat am 7. Juli in die Beratung eintrat, erhob sich Dr. Niklas und verlangte die Streichung dieser Bestimmung.

Jetzt heißt es Konsequenzen ziehen. Die Millionärsgewinnung hatte inzwischen den Dreh gefunden, formal ihr Versprechen zu halten, keine „Fettsteuer“ mehr zu erheben. Stattdessen beschloß sie die Einführung einer „Margarine-Ausgleichsabgabe“. Noch erklärte sie beschwichtigend, sie wolle im „Interesse der Bauern“ ein zu starkes Sinken des Margarinepreises verhindern. Seitdem wird aber ganz offen von einer Verteuerung der Margarine gesprochen. Die Margarinekonkurrenz denken nicht daran, sich ihre „Profite“ beschneiden zu lassen. Die Adenauer und Niklas wollen das auch gar nicht. Die neue Fettsteuer soll über die neue Preiserhöhung restlos auf die Massen abgewälzt werden.

Jetzt muß endlich auch dem letzten Gewerkschaftler klargeworden sein, daß der seit langem fällige Kampf um eine wirklich ausreichende Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht mehr länger hinausgeschoben werden kann. Die Tatsache, daß sie hinter der Preisentwicklung weit zurückgeblieben sind, wird selbst von den Organen der Konzernherren, dem „Industriekurier“ und dem „Handelsblatt“ nicht bestritten. Die von den Interessenten erzeugte Illusion, die leider auch von der Führung des DGB genährt wurde, daß im westdeutschen Separatstaat durch eine fühlbare Senkung der Preise die Löhne ihre alte Kaufkraft wiedererlangen könnten, wurde durch die Entwicklung als eine der Waffen des Klassenfeindes entlarvt. Der Vorstand des DGB muß jetzt den Beschluß der Landeskonferenz von Nordrhein-Westfalen gegen Adenauers fortwährende Versuche, die Werktätigen immer wieder zu überbügeln, einen Proteststreik durchzuführen nicht nur sanktionieren, sondern tatkräftig unterstützen. Weiter müssen die seit langem fälligen Lohnkämpfe nicht nur eingeleitet, sondern auch konsequent durchgeführt werden. Dabei dürfen die Arbeiter, Angestellten und Beamten, sowie ihre Familien aber nicht aus dem Auge verlieren, daß Adenauer seine volksfeindliche Politik im Auftrage der anglo-amerikanischen Kolonialherren durchführt. Kampf um die Verbesserung der Löhne ist Kampf gegen die doppelte Ausbeutung, ist Kampf um unsere Existenz und um die Wiedergewinnung unserer nationalen Unabhängigkeit in einem einheitlichen, friedlichen demokratischen Deutschland. Pl.

# „Ein großes und herrliches Werk!...“

## Deutsche Geistliche unterzeichnen Stockholmer Appell

Das Büro der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland sendet uns folgende Zeitschrift: Wenige Wochen sind vergangen, da unser Friedensfreund Pfarrer i. R. Othmar Müllner zusammen mit dem Komitee der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland an alle evangelischen Geistlichen in Westdeutschland herangetreten ist, um sie, ganz im Sinne des Evangeliums, für den aktiven Friedenskampf zu gewinnen. Friedensfreund Müllner richtete an zahlreiche evangelische Geistliche einen Aufruf, der mit der Bitte schloß, die Stockholmer Beschlüsse zu unterschreiben. Noch ist diese großzügige Aktion in vollem Gange und schon zeigen sich Erfolge, die unsere Erwartungen übertrafen.

Pfarrer, Professoren, Superintendenten, Kirchenräte — sie alle haben ihre Unterschriften gesandt und täglich laufen neue Unterschriften ein. Es ist unmöglich, hier alle Namen zu nennen, wir wollen aus der Fülle einzelne herausgreifen: Professor Dr. Brunner, Heidelberg, Prof. Dr. Hessen, Köln; Superintendent Schneider, Löhnde; Stadtpfarrer Daur, Stuttgart; Dr. theol. G. Bartning, Stuttgart-Degerloch; Oberpfarrer Leimbach, Oettingen; Pastor Steffen, Köln; Superintendent Walsdorf, Kiel; Pastor Dr. Kahle, Schleswig; Pastor Oebius, Bayreuth; Pastor Dr. Heinrichs, Essen; Kirchenrat Hugo Piesch, Neuendetelsau usw.

Es ist herzerquickend, daß es Geistliche

gibt, die nicht nur ihre Unterschrift senden, sondern ihrer Unterschrift noch bekräftigende Bemerkungen hinzufügen. So schreibt z. B. Pfarrer Ruwisch aus Herna: „Ich bin für die Achtung jedes Krieges, nicht nur für die Achtung der Atomwaffe. In die Verfassung gehört ein Paragraph hinein: „Wer zum Kriege hetzt, wird aufgehängt.“

Pastor Georg Schuster schreibt: „Ja, mit Begeisterung.“ Ein Pastor aus Schleswig-Holstein schreibt an unseren Kameraden Pfarrer Müllner in echt brüderlicher und herzlicher Weise: „Du hast da ein großes und herrliches Werk begonnen, lieber Othmar! Unsere ständige Fürbitte begleitet Dich!“

Der Leiter des Schönborn-Friedenswerkes, Lic. theol. Hermann Sauer, schreibt an unseren Kameraden: „D. Niemöller sagte zu mir, daß die Grundsteine für die Zukunft getrost zurechtgehauen werden sollen. Nun freue ich mich, daß Sie diesen Aufruf ergehen lassen.“

Auch ein Bischof der DDR schreibt, daß der Aufruf des Kameraden Müllner ein hohes Maß gesamtkirchlicher Verantwortung bedeute — und damit hat dieser führende Kirchenmann wohl den Kern der Sache getroffen. Dieser Aufruf hat eine gesamtkirchliche Bedeutung höchsten Grades, und deshalb ist es von ganz besonderer Bedeutung, daß nach der Erklärung der französischen Kardinal, Erzbischöfe und Bischöfe, nach den tapferen Friedensbekenntnissen italienischer Kirchenfürsten nun auch deutsche Geistliche und kirchliche Würdenträger, alle Hetze zum Trotz, sich in die große Weltgemeinschaft der Friedenskämpfer einreihen. Es bedeutet überdies, daß innerhalb der Kirche eine echte Bruderschaft der Tat besteht, die weit über die Konfession hinaus als einleuchtendes Bei-

spiel mannhafte Einsatzes für den Frieden wirksam ist.

Dach echte wahre Christentum, das Christentum der Bergpredigt, tritt hier den Menschenfeinden entgegen, gemeinsam mit allen, die den Frieden lieben. Das deutsche Volk, die deutsche Christenheit hat Grund, stolz zu sein auf solche Männer, die nicht gesonnen sind, das Wort Gottes zu Profitmacherei und Völkermord mißbrauchen zu lassen.

„Den gegenwärtigen Christus und damit den Stundenschlag Gottes zu erkennen“, das forderte Kirkegaard vom wahren Christen — das kann in unserer Zeit nichts anderes bedeuten, als daß ein jeder wirklicher Seelsorger den Kriegstreibern und Kanonendonnern warnend und mahnend und — gebieterisch zuruft: „Friede den Menschen auf Erden.“

Diese deutschen Geistlichen haben es getan und viele — wir sind fest überzeugt davon — werden es noch tun, um „ein großes und herrliches Werk“ zu vollbringen!

## Pleven, getarnter Gaullist

Jacques Duclos über das Programm der Regierung Pleven

Paris, (EB) Der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion, Jacques Duclos, wandte sich in der Debatte zum Regierungsprogramm in der französischen Kammer mit harten Worten gegen die Regierung und Pleven selbst, den er einen getarnten Gaullisten, einen treuen Vollstrecker des Marshall-Planes und Vorschacherer französischer Flugzeugfabriken nannte.

Jacques Duclos betonte, daß die Kommunistische Partei Frankreichs unerschütterlich das um seine Freiheit kämpfende koreanische Volk unterstützen werde, während Pleven diejenigen unterstütze, die für die abenteuerliche Aggression der USA-Imperialisten in Korea und für den Befehl Mc Arthurs, offene Städte zu bombardieren, verantwortlich sind. Diese Aggression der USA in Korea beweist, erklärte Jacques Duclos, daß die USA-Imperialisten die Herrschaft über den asiatischen Kontinent erringen wollen und bereit sind, zur Erreichung dieses Zieles jede Form des Terrors anzuwenden.

## Botschafter Volks-Chinas in Indonesien

Djakarta, Die indonesische Regierung hat am Mittwoch der Ernennung von Wang Jen Tschu als Botschafter der chinesischen Volksrepublik in Djakarta zugestimmt. (nach afp)

## Deutsche Jugend-Delegation nach China eingeladen

Berlin, (EB) Der Präsident des Weltbundes der demokratischen Jugend, Guy de Boisson, richtete an die FDJ ein Schreiben, in dem er mitteilte, daß die FDJ zum chinesischen Nationalfeiertag am 1. Oktober eine Delegation nach China entsenden könne. In der 6. Tagung des Zentralrats der FDJ wurde beschlossen, den Vorsitzenden der FDJ, Erich Honnecker, nach China zu delegieren.

## Milliarden über Milliarden

### Hohe westdeutsche Reparationsleistungen

#### 30 Milliarden Mark Besatzungskosten in fünf Jahren

Nach den offiziellen Berechnungen sind in Westdeutschland bis zur Währungsreform 14 Milliarden RM für Besatzungskosten aufgebracht worden, davon 1,95 Milliarden für „verschleppte Personen“. In den neun Monaten von der Währungsreform bis Ende März 1949 sind weitere 3,2 Milliarden dazugekommen. Bis Ende 1949 rechnet Prokse in einer gründlichen Zusammenstellung auf Grund verschiedener amtlicher Denkschriften mit unmittelbaren Besatzungskosten von 20,2 Milliarden Mark. Das ganze Ausmaß der Kosten, die durch die Besatzungsmächte verursacht wurden, ist aber statistisch überhaupt nicht zu erfassen.

#### 14 000 Tonnen Demontagegut monatlich

Ueber den Wert der aus Westdeutschland verschleppten Industrieanlagen wird in der Stellungnahme der interalliierten Reparations-Agentur IARA erklärt, daß in der französischen Besatzungszone etwa 40 Prozent der gesamten beweglichen Anlagen demontiert worden sind, mit einem Wert von etwa 1,2 Milliarden RM, d. h. selbst wenn wir das gegenwärtige Umrechnungsverhältnis nehmen, 300 Millionen Dollar. Nach den Angaben des britischen Hohen Kommissars vom März 1950 sind bis zum Juli 1949 durchschnittlich monatlich 14 000 Tonnen Demontagegut aus der britischen Zone verladen worden. 377 Betriebe wurden total demontiert, 80 weitere Betriebe zu mehr als 70 Prozent. Der Wert der gesamten demontierten Industrieanlagen kann somit auf zwei bis drei Milliarden Dollar geschätzt werden. Die Beschlagnahme der deutschen Handelsflotte, die am Tage der Kapitulation einen Umfang von 1,4 Millionen BRT hatte, hat einen Reparationswert von mindestens 75 Millionen Dollar eingebracht, damit werden die Angaben der IARA um das Doppelte übertroffen.

In dem Bericht ist jedoch eine ganze Reihe von Posten überhaupt nicht genannt. Nach Angaben, die im Jahre 1946 von dem Präsidenten der IARA, Rueff, bestätigt worden sind, wurden zum Beispiel in Deutschland, der Schweiz und Schweden deutsche Goldbestände im Werte von 250 Millionen Dollar beschlagnahmt. Dieser Posten wird von der IARA einfach unterschlagen.

#### Unbegrenzte Kokurrenzdemontagen

Der Gesamtwert der in Westdeutschland widerrechtlich demontierten Industrieanlagen läßt sich auch nicht annähernd schätzen. Es liegen nur Teilangaben vor, die zweifellos zu niedrig sind. Nach einem im März 1950 veröffentlichten Bericht der Britischen Kontrollkommission sind in der britischen Zone (bis Ende 1949) 377 Einheiten von insgesamt 477 „Reparationsobjekten“ demontiert worden. 60 der restlichen Objekte wurden zu über 70 Prozent abgebaut. Ueber Industriearüstungen in der britischen Zone im Gewicht von über 1 Million Tonnen, deren auf 500 Millionen Vorkriegsreichsmark geschätzter Wert in Wirk-

lichkeit viel höher ist, hat die „Internationale Reparationsbehörde“ bereits disponiert.

#### 330 Millionen Dollar beschlagnahmte Auslandsguthaben

Ueber den Gesamtwert der beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögen bestehen bekanntlich weder auf deutscher noch auf alliierter Seite einigermaßen zuverlässige Vorstellungen. Die Angaben der Jahresberichte der IARA zur Höhe der bisher den einzelnen Ländern zugeschriebenen Liquidationserlöse verdienen daher um so mehr Interesse. In den 19 Mitgliedstaaten wurde Vermögen im Gesamtwert von 177 Millionen Dollar liquidiert. . . Aus den Liquidationen in Schweden und in Spanien wurden bisher Beträge von 25 Millionen Dollar bzw. 4 Millionen Dollar, ferner aus Tanager 14 000 Dollar gutgeschrieben, insgesamt also ein Betrag von etwa 210 Millionen Dollar.

#### Die Liquidation weit fortgeschritten

Die IARA schätzt, daß bis zum Januar 1951, dem Zeitpunkt, zu dem die Abrechnung über die Verteilung der Liquidationsergebnisse aus den Auslandsvermögen in den Mitgliedstaaten und den neutralen Ländern beendet sein soll, Gutschriften im Gesamtwert von etwa 293 Millionen Dollar erfolgt sein werden . . .

Der amerikanische APC beziffert beispielsweise den Wert der von ihm erfaßten deutschen Ver-

mögen in seinen Jahresberichten auf etwa 200 Millionen Dollar. Zwischen diesem Betrag und dem für die USA bei der IARA gutgeschriebenen Betrag von 78 Millionen Dollar ergibt sich eine Differenz von 120 Millionen Dollar, deren spätere Gutschrift den Gesamtbetrag der über die IARA abgerechneten Liquidations-Vermögen allein schon auf mindestens 330 Millionen Dollar bringen müßte, statt der 293 Millionen, die der Jahresbericht der IARA berechnet.

#### Patente im Werte von 10 Milliarden Dollar beschlagnahmt

Es ist in aller Welt bekannt, daß allein die von den Amerikanern in Deutschland beschlagnahmten Patente einen Wert von mehr als 10 Milliarden Dollar repräsentieren. Auf 2 Milliarden Dollar wird der Wert der beschlagnahmten deutschen Handelsflotte geschätzt, die beschlagnahmten Auslandsguthaben betragen 2,1 Millionen Dollar, 220 000 kg Gold im Werte von 600 Millionen Dollar und 100 Millionen Dollar als Ergebnis der Edelmetall- und „Edelmetallsammlungen“-Aktion Sparkler kommen noch hinzu. Wenn man zu diesen Summen noch 1 Milliarde Dollar für die beschlagnahmten und verschleppten Maschinen hinzuzählt, so entspricht das einer Reparationsleistung von 15,8 Milliarden Dollar, die sich die Westmächte bis auf eine Milliarde ohne irgendwelche Anrechnung unter den Nagel reißen wollen.

## Wohnungen statt Befestigungen

### Deutsche und französische Bauarbeiter verwirklichen Kampfbündnis des FDGB und des CGT

## Zum dritten Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

# Vorbild für jede echte Demokratie

Von der Art und Weise, wie die Sozialistische Einheitspartei in der Deutschen Demokratischen Republik ihren III. Parteitag vorbereitet, können nicht nur die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands, sondern alle aufrechten Demokraten sehr viel lernen.

Jeder Schritt, jede Handlung zur Vorbereitung dient dazu, die breite Masse des Volkes zu verantwortungsbewußten Mitarbeitern für die Interessen des gesamten deutschen Volkes zu erziehen.

Ueberlegen wir einmal, daß bereits Mitte Januar der Parteivorstand den Beschluß bekanntgab, den III. Parteitag vom 20. bis 24. Juli nach Berlin einzuberufen. Ueberlegen wir weiter, daß mit diesem Beschluß gleichzeitig umfangreiche Vorbereitungen begannen, die alle dem einen großen Ziel unterstellt waren: Nicht nur allen Mitgliedern der Partei, sondern allen Werktätigen ihre Rechte klarzumachen, ihre demokratischen Pflichten zum Bewußtsein zu bringen, Vorschläge, Anträge und Kritiken zu dem Parteitag vorzubereiten und einzureichen, in ihnen die Überzeugung zu entwickeln, daß dieser Parteitag ein Parteitag des ganzen Volkes ist, der den Interessen des gesamten deutschen Volkes dient, der deshalb vom ganzen Volk getragen wird und sich vor dem ganzen Volk zu verantworten hat.

#### Parteitag des Volkes

Deshalb wurde der Entwurf der Entschließung dieses Parteitages, deshalb wurden die veränderten Statuten, die auf diesem Parteitag beraten und beschlossen werden sollen,

achtung finden. Das ist ein Zeichen dafür, daß die SED im Interesse des gesamten Volkes arbeitet, auf die Meinungen und Vorschläge der Werktätigen und Parteilosen Wert legt und sie zur Verbesserung ihrer Arbeit verwendet.

In einer Zeitschrift von drei Jugendlichen heißt es: „Eure Partei betreibt eine offene Politik. Ihr arbeitet nicht mit Doppelzüngeln, sondern reinigt die Partei . . . mit dem Vertrauen, das wir Euch entgegenbringen, schreiben wir gemeinsam weiter zur Einheit Deutschlands und zum Sozialismus.“

„Mit dem Volk — durch das Volk — für das Volk“ — wo findet diese alte Forderung der Demokraten eine bessere, lebendigere Umsetzung in die Tat als dadurch, daß die Vorbereitung eines Parteitages zur Sache des ganzen Volkes wird?

Hier zeigt es sich, wer dem Volke wahrhaft und ehrlich dient: Derjenige, der offen seine ganze Arbeit, seinen Plan der Zukunft unter das Feuer der Kritik der Massen stellt und damit beweist, daß ihm das Wohl des Volkes oberstes Gesetz ist, oder derjenige, der eine Verfassung durch Ueberrumpelung, ohne Diskussion durchbringen muß, weil er Furcht hat vor der Aufklärung des Volkes? Wo ist nun die wirkliche Demokratie? Hätte man in Nordrhein-Westfalen den Verfassungsentwurf ebenso ehrlich von der Bevölkerung diskutieren lassen wie das mit dem Entschließungsentwurf zum SED-Parteitag der Fall ist — wir sind überzeugt, das Volk hätte anders entschieden, wenn es klar gewußt hätte, um was es ging. Aber gerade davor hatte man ja Furcht.

Eine offene Politik Charakteristisch ist die Zuschrift eines parteilosen Aktivisten, in der es heißt: „Zuversichtlich und voller Erwartung blicken auch wir Parteilose auf den bedeutungsvollen III. Parteitag der SED.“

Wir parteilosen Aktivisten und Werktätigen haben die Möglichkeit, Vorschläge zu der Entschließung der SED zu machen, die Be-

Friedensprogramm des Aufbaus zu verwirklichen, das Bombengeschädigten Wohnraum und den Arbeitern der Bau-, Holz- und Baustoffindustrie Arbeit verschafft.

2. Beziehungen zu schaffen für die wirksame Zusammenarbeit zwischen den französischen und deutschen Arbeitern der Bau-, Holz- und Baustoffindustrie, einen friedlichen Wiederaufbau zu verwirklichen und damit eine Besserung des Lebensstandards und der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter herbeizuführen.

Es lebe die Freundschaft und die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsorganisationen der französischen und deutschen Bau-, Holz- und Baustoffindustrie!

Es lebe die internationale Solidarität! Es lebe der Friede!

Für die französische Delegation:

R. Archard  
Generalsekretär der französischen Gewerkschaft CGT der Bau-, Holz- und Baustoffindustrie

Für die deutsche Delegation:

F. Jahn  
Vorsitzender der Industrie-Gewerkschaft Bau — Holz der Deutschen Demokratischen Republik

#### Ihr Leben ist das Leben des Volkes

Die SED aber braucht die Aufklärung und das überzeugte Vertrauen der Massen so notwendig wie die Luft zum Atmen. Sie hat immer und zu jeder Zeit das größte Interesse daran, daß das ganze Volk die ganze Wahrheit erfährt, denn ihr Leben ist das Leben des Volkes.

Darum verpflichtet der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht alle SED-Mitglieder:

„Deshalb soll der Entwurf der Entschließung über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der SED nicht nur in den Parteiversammlungen der SED beraten werden, sondern die Mitglieder der SED sind verpflichtet, die Fragen, die von den Arbeitern, Bauern, von den Angehörigen der Intelligenz oder des Mittelstandes in Zusammenkünften verschiedenster Art gestellt werden, auf Grund des vorliegenden Dokumentes zu beantworten und sorgfältig die Vorschläge und die Kritik aus den Reihen der Werktätigen zu beachten.“

Zu Ehren des III. Parteitages der SED beschlossen die 14 000 Kumpel des Braunkohlenreviers Senftenberg, vom 9. bis 19. Juli ein Max-Reimann-Aufgebot durchzuführen, um durch besondere Leistungen gleichzeitig auch ihre brüderliche Verbundenheit mit dem überragenden Friedenskämpfer im Westen Deutschlands zum Ausdruck zu bringen.

Es gilt, die Arbeit durch das Max-Reimann-Aufgebot noch weiter zu verbessern, indem vor allem genügend Rohkohlenvorräte für den Winter freigelegt, sämtliche Brikkettieranlagen vervollkommnet und auf höchste Leistungsfähigkeit gebracht werden. Jede mehrerzeugte Tonne Brennstoff besserer Qualität ist ein Schritt vorwärts auf unserem siegreichen Weg zum Frieden, zur Einheit, zum ungestörten Aufbau unserer Zukunft! (VE)

### Amerikanischer Krieg im Volksmund

Mannheim. Der amerikanischen Niederlagen-Serie in Korea hat sich schon der Volksmund bemächtigt. Es ist wie in alten Zeiten, hinter vorgehaltener Hand (wenn Amis in der Nähe sind oder „Dollardeutsche“) erzählt man sich halblaut die neuesten Witze. Folgendes war gestern in einem Mannheimer Restaurant vom nahen Stammtisch zu erlauschen.

„Weescht schon die neischte Witz?“  
„Nee, verzähl' mol!“  
Die Amerikaner kriegen neie Uniforme... vorne geknöpft un hinne geknöpft...  
„Warum des?“  
„Domit ma net sehe kann, ob se angreife ööder ausreife...“

Das Gelächter, das verständnisvolle, kann man sich wohl vorstellen. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

Es genügt aber nicht, den amerikanischen Krieg in Korea zu bewitzeln, vielmehr müssen die Angreifer angeprangert und die Kräfte des Friedens als Abwehrfront gegen die imperialistischen Abenteuer noch stärker gemacht werden.

## Schuld am Krieg in Korea sind die USA-Imperialisten

### Landtagsabgeordneter Rues enthüllt Ursachen der Angstkäufe — Stuttgarter Rundfunk betrieb wüste Hetze Deutsche, stellt euch hinter die Stockholmer Friedensbeschlüsse

Zu einem stürmischen Zwischenfall kam es in der gestrigen Landtagssitzung, anlässlich einer Aussprache über die Angstkäufe der Bevölkerung in den letzten Wochen und die damit verbundene Lebensmittelknappheit und Preissteigerungen.

Die CDU, die wohl dem Grundsatz huldigt, daß Angriff die beste Verteidigung sei, brachte im Landtag eine diesbezügliche „große Anfrage“ ein und ersuchte die Regierung um Auskunft, was sie dagegen zu tun gedenke. Ohne darauf einzugehen, daß die von ihr propagierte „freie Wirtschaft“ mit dem „freien Spiel der Kräfte“ zur Zeit ein Schiffbruch erleidet, versuchte der Sprecher, CDU-Abgeordneter Wiedemeyer, mit großer Lautstärke durch Anführung von Beispielen ungeheurer Hortung den Blick von der durch seine eigene Partei betriebenen Kriegshetze abzulenken. Der Sprecher der kommunistischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Rues, gab sich mit dieser oberflächlichen, das Volk täuschende Betrachtung nicht zufrieden. Er erklärte, daß es wahr wäre, und er könne die Beispiele des

Abgeordneten Wiedemeyer beliebig vermehren, doch käme es hier auf die Ursachen an, die zu diesen Angstkäufen führten. Hier wurde er durch den Zwischenruf des Abgeordneten Hörl (CDU) „Korea!“ unterbrochen. Als Abgeordneter Rues darauf antworten wollte, hinderte ihn der Präsident daran, da die Frage in diesem Zusammenhang nicht diskutabel sei. Abgeordneter Rues: „Ich will auf die Frage Korea in dem von Abgeordneten Hörl gemeinten Sinne eingehen. Er wies darauf hin, daß von seiten des Stuttgarter Rundfunks diese Frage zu wüster Hetze und zur Beunruhigung des Volkes benutzt wird. Gestern Abend z. B. stellte ein Sprecher die These auf, daß Kriege meistens im Frühherbst — August-September — ausbrechen, daß damit natürlich die Unruhe der Bevölkerung geschürt wird, liegt auf der Hand. Hier muß von seiten der Regierung eingegriffen werden.“

Präsident Keil unterbricht an dieser Stelle mit der Erklärung, daß der Rundfunk „unabhängig“ sei und von Regierung oder Landtag nicht beeinflusst werden könne. Abgeordneter Rues: „Das ist charakteristisch, daß solche Institutionen Kriegshetze betreiben können, ohne daß Landtag oder Regierung imstande sind, dies zu verhindern!“ Wiederum starke Unruhe im Haus. Zwischenruf des Abg. Wiedemeyer: „Stellt Eure kommunistische Flüsterpropaganda ein!“ Abg. Rues weist diese gemeine Unterstellung energisch zurück. Anhand einer offiziell verbreiteten Geschäftsreklame eines den bürgerlichen Parteien nahestehenden Kaufmanns von Schwäbisch-Gmünd, weist er noch darauf hin, wo neben den aufgezeigten Kriegshetzern noch weitere Unruhestifter zu suchen sind. Das Rundschreiben lautet: „Vernünftige Vorratswirtschaft. Verschiedene Kunden haben sich in den letzten Tagen und Wochen mit einem gewissen Lebensmittelvorrat versehen.“ ... Ohne irgendwelche Prophet sein zu wollen, möchten wir die Versorgung mit Lebensmitteln im Bundesgebiet als weitgehendst sicher bezeichnen. Natürlich kann man sehen, daß die Preise für die Hauptlebensmittel nicht stabil sind. Zunächst haben wir ein umfangreiches

Lager und können jeden Kunden befriedigen. Als besonders geeignet für lange Lagerung haben wir: Hier folgt ein Warenkatalog, in dem Oel, Zucker, Reis usw. angeboten werden. Dazu ist noch zu bemerken, daß dieser „tüchtige“ Kaufmann auch schon seine Preise „angepaßt“ hat. So erhöhte sich sein Mehlpreis innerhalb einer Woche von 55 auf 70 Pfg. pro Kilo. Entsprechend sind auch die Preise der meisten anderen Lebensmittel gestiegen.

„Hier, diese Schieber sind es, die ihre Zeit wieder für gekommen halten und Daruho in die Bevölkerung tragen“, rief Abg. Rues aus. Aus dem Haus kam der Zwischenruf, daß die Kommunisten durch den Krieg in Korea die Schuld tragen. Abg. Rues: „Gut, wenn Sie wünschen zu wissen, wer die Schuld an dem Krieg in Korea trägt, dann kann ich Ihnen sagen, daß es die amerikanischen Imperialisten sind!“ Unruhe. Der Präsident unterbricht durch dauerndes heftiges Klingeln und erteilt dem Abg. Rues eine Rüge.

Abg. Rues fährt fort: „Ich halte es für meine Aufgabe, hier, als Vertreter der friedliebenden Menschen zu sprechen und für den Frieden aufzurufen. Starke Unruhe und Zwischenrufe. Abg. Rues: „Wenn jemand berechtigt ist dies zu tun, so bin ich es. Ich habe in meinem Leben bewiesen, daß ich stets gegen den Krieg gekämpft habe. So wohl im ersten Weltkrieg, wo ich wegen Antikriegspropaganda verhaftet war, als auch im zweiten Weltkrieg, wo ich wegen meinem Kampf für den Frieden ins KZ kam. Unsere Partei hat alles getan, um im Volk draußen gegen die herrschende Angstpsychose anzukämpfen. Ich rufe auch von dieser Stelle aus das ganze Volk auf, sich hinter die Beschlüsse der Stockholmer Friedenskonferenz zu stellen und für den Frieden zu kämpfen!“

### Aus dem Parteilieben

Luzenberg, Freitag, 14. 7., 19.30 Uhr, im Lokal „Reiber“: Mitgliederversammlung.

Ortsgruppe Neck/Ost, Wohngebietsgruppe Wohlgelegen, Freitag, 14. 7., 19.30 Uhr, in der Wohlschule: Schulungs- und Diskussionsabend.

Ortsgruppe Neck/Ost, Wohngebietsgruppe Uhlrad, Freitag, 14. 7., 19.30 Uhr, in der Uhlradschule: Schulungs- und Diskussionsabend.

Rheinau, Freitag, 14. 7., 20 Uhr, im Lokal „Jenner“: Mitglieder-Versammlung.

Sandhofen, Freitag, 14. 7., 20 Uhr, im Lokal „Gambrinus“: Mitglieder-Versammlung.

Nach Schluß der Versammlung findet die Vorführung des Filmes

„Stalingrad“

statt. Sympathisierende, Freunde und Angehörige unserer Genossen sind dazu eingeladen.

Waldhof, Freitag, 14. 7., 20 Uhr, im Lokal „Rehental“: Generalmitgliederversammlung.

Neckarst./West, Freitag, 14. 7., 20 Uhr, im Lokal „Goldene Schlange“: Mitgliederversammlung.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg Heidelberg-Weststadt. Donnerstag, 13. 7. 1950, 16 Uhr, im „Westhof“: Mitgliederversammlung.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe Kreisvorstandssitzung. Samstag, 15. 7. 1950, 16 Uhr, im Parteibüro.

Kinder- und Familienfest auf dem Lerchenberg in Durlach. Sonntag, 16. 7. 1950, Beginn: 14 Uhr.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg A. u. S.-Sitzung. Freitag, 14. 7. 50, 19 Uhr, im „Westhof“.

Dossenheim, Sonntag, 16. 7. 50, vormittags 10.30 Uhr, im Lokal „Bergstraße“ Mitgliederversammlung.

## KPD setzt Besatzungskosten-Streichung durch

### Landtagsmehrheit streicht ebenfalls Etat der Landesbeamtenstelle

Stuttgart. (EB) Nach einer längeren Debatte lehnte der Landtag von Württemberg-Baden in seiner Mittwoch-Sitzung auf Antrag der KPD, für die der Abg. Salm-Mannheim sprach, die von der Regierung in den Haushaltsplan eingesetzten 37 500 000 DM für Besatzungskosten ab. In namentlicher Abstimmung bekamen sich noch 23 Abgeordnete, vor allem der CDU, zur Bezahlung der Besatzungskosten, während 52 Abgeordnete, darunter geschlossen die der KPD und SPD, diese Ausgaben für die Fortdauer der Besatzung ablehnten.

Auch die von der Regierung beantragten 240 000 DM für die sogenannte Landesbeamtenstelle stießen auf den entschlossenen Widerstand von KPD und SPD. Diese Stelle wurde bekanntlich geschaffen, um das reaktionäre Berufsbeamtenamt noch weiter zu stärken. Auch hier unterlag die Regierung in namentlicher Abstimmung.

Dagegen setzte sich trotz des vom Abg. Robert Leibbrand (KPD) vorgetragenen Einspruchs der kommunistischen Fraktion die Bewilligung von 72 000 DM für die so-

genannte Bonner Vertretung des Landes Württemberg-Baden in Bonn durch. Die KPD hatte Streichung dieses Betrages verlangt, während die Regierungsparteien diese durchaus überflüssige Einrichtung unterstützen, die uns durch die Spaltung Deutschlands beschert wurde.

Besonders bezeichnend ist dabei, daß trotz allen Gerüdes um die Verwaltungsreform mit diesem Geld die bereits bestehende Bonner Vertretung um zwei weitere hochbezahlte Beamte erhöht werden soll.

## Das größte Straßenbahnglück Mannheims vor Gericht

### Günstige Zeugenaussagen für den Wagenführer am ersten Verhandlungstag — Haben die Bremsen versagt?

Mannheim. Ein Straßenbahnglück ersten Ausmaßes, das viel Leid und Schmerz über manche Mannheimer Familie gebracht hatte, wurde gestern vor den Schranken der hiesigen Strafkammer wieder aufgerollt. Angeklagt ist der damalige Fahrer Karl Bauer.

An der gefährlichen Straßenbahnkurve, Ecke Schimper- und Karl-Benz-Straße hatte sich bereits am 29. November 1949 ein Straßenbahnglück ereignet. Das zweite Unglück, um das es sich hier handelt, passierte am 26. Januar 1950 an derselben Stelle. In unseren Ausgaben vom 28. 1. und 8. 2. d. J. hatten wir bereits die Hintergründe dieser beiden Straßenbahnglücke eingehend beleuchtet.

Ist die Kurve zu kurz gezogen, sind die Schienen ausgefahren, waren die Bremsen in Ordnung, hat man sowohl von seiten der Stadtverwaltung als auch durch die Straßenbahndirektion alle Präventivmaßnahmen ergriffen, um nach dem ersten Unglück ein zweites zu vermeiden, waren die Fragen, mit denen sich damals die Öffentlichkeit beschäftigte. Als Sofortmaßnahme hatte Bürgermeister Trumpfeller nach dem zweiten Unglück die Haltestelle vor die Kurve verlegt. Eine richtige Maßnahme, die jedoch zu spät kam, dann nämlich erst, als bereits sechs Tote gräßlich verstümmelt in ihrem Blute lagen. An dieser Feststellung gibt es nichts zu deuteln und zu rütteln. Warum tat die Straßenbahndirektion vorher nicht, was der Bürgermeister später als Sofortmaßnahme anordnete? Daß man nach den beiden Unglücken später auch daran ging, neue Schienen an der besagten Kurve zu legen, liegt auf der gleichen Ebene. Hätte es den Fachleuten nicht schon zuvor auffallen müssen, daß das Kurvenstück der Schienen reichlich ausgefahren ist? Ohne zu untersuchen, ob die Bremsen des fraglichen Wagens versagt haben, oder ob, wie es in der Anklageschrift heißt, dem Fahrer Fahrlässigkeit zum Vorwurf gemacht werden muß, genügen diese schweren Unterlassungssünden der Straßenbahndirektion, um letzterer ein Maß Schuld zu geben, das genügt hätte, deren verantwortliche Vertreter ebenso auf die Anklagebank zu zitieren, wie den kleinen Fahrer.

Diese Aspekte muß man berücksichtigen, wenn man das gerichtliche Nachspiel, das sich jetzt vor den Augen eines stark interessierten Publikums abspielt, richtig verstehen will.

Lassen wir zunächst einmal den angeklagten Fahrer zu Wort kommen.

„Ich stand also am Führerstand und drehte, wie das Vorschritt ist, um den Motor zu schonen, zunächst leicht die Handbremse“, sagte dieser vor Gericht aus. „Dann betätigte ich die elektrische Bremse, eine Bremswirkung war nicht zu verspüren. Durch Zurückschalten des Bremshebels auf den Nullpunkt und nochmaliges langsames Einschalten der verschiedenen Bremsstufen glaubte ich, die Bremse einspielen zu können, da es vorkommen kann, daß durch zu schnelles Schalten der Wagen überbremst wird. Aber wieder setzte die elektrische Bremse nicht an. Die Kurve rückte näher, ich riß die Bremse nochmals zurück, vorerfolglos.“

Man kann sich vorstellen, welcher Schreck dem Wagenführer in dieser Situation durch die Glieder fahren mußte. Nach seinen Aussagen betätigte er anschließend verzweifelt die Handbremse und ließ durch den Sandstreuer Sand auf die Schienen streuen. Doch die Geschwindigkeit war für die Kurve zu groß, der Motorwagen mit Anhänger glitt aus den Schienen, schwankte und kippte um.

Zeugenaussagen warfen ein denkbar günstiges Bild auf den Fahrer. Die beiden Schaffner, welche an dem bewußten Tag mit ihm gefahren waren, bezeichneten ihn

als vorsichtig und zuverlässig. Ein Schutzmann fuhr zufällig mit seinem Auto hinter dem Straßenbahnglück und meinte, die Geschwindigkeit des letzteren könne schätzungsweise 30 km betragen haben. Das ist die normal zulässige Geschwindigkeit. Andere Zeugen hörten oder sahen, wie der Wagenführer die Bremshebel betätigte. Ein Zeuge gab an, das wäre etwa in der Mitte der Karl-Benzstraße geschehen. Ein anderer äußerte, er habe gehört, wie der Fahrer noch kurz vor der Kurve den Hebel der elektrischen Bremse herumriß. Die Verhandlung wird diesen Punkt noch zu klären haben. Alle Zeugen bestätigten jedoch,

daß die Geschwindigkeit der beiden Wagen vor der Kurve keineswegs übersteigert war. Bei normalen Reagieren der Bremsen hätte der Wagen eigentlich die Kurve sicher passieren müssen.

Auch die Ausführungen des medizinischen Sachverständigen brachten lediglich, daß der Fahrer am fraglichen Tag völlig ausgeruht und wie gewöhnlich seinen Dienst angetreten hatte.

Die Verhandlung wird heute morgen fortgesetzt. Wir werden über den weiteren Verlauf und über das Urteil in unserer morgigen Ausgabe berichten.

## Bäckerhandwerk kündigt Brotpreiserhöhung an

### Der Landesfachverband äußert sich — Es ist Zeit, daß die Bevölkerung sich äußert

Stuttgart. (EB) Der Landesfachverband für das Bäckerhandwerk, Stuttgart, sendet den Zeitungsredaktionen die Abschrift eines Briefes der Arbeitsgemeinschaft des Backgewerbes an Dr. Adenauer in Bonn, in dem offen die Brotpreiserhöhung angekündigt wird. In dem Schreiben heißt es: „Nachdem die Mühlen unserer Betriebe wesentlich erhöhte Mahlpreise in Rechnung stellen, sehen wir uns zu unserem größten Bedauern nicht mehr in der Lage, zu verhindern, daß

unsere Mitglieder ihrerseits bei der Bildung ihrer Brotpreise die gleichen Grundsätze beachten. Wenn also die Betriebe des Backgewerbes unter Berücksichtigung der von den Mühlen nunmehr geforderten erhöhten Mahlpreise und der beiderseitig festgesetzten Verarbeitungsspannen zuzüglich der progressiven Kosten ihre Brotpreise errechnen, dann muß dieses... naturnotwendig zu Preisveränderungen führen, welche wir... zu verhindern nicht in der Lage sind.“

Zu dieser Stellung der Arbeitsgemeinschaft des Backgewerbes teilt der Landesfachverband mit: „Ergänzend stellen wir hierzu fest, daß seit dem 1. d. M. die Mehlpriese — abgezogen auf die verschiedenen Mehltypen — zwischen rund 5 DM und 8 DM je Sack frei Bäckerhaus gestiegen sind... Jedenfalls müssen wir uns damit beschäftigen, eine Brotpreiskalkulation herauszubringen, die sich auf der einen Seite aufbaut auf den neuen Mehlpriese, auf der anderen Seite sich derjenigen Bruttoverspannen bedient, die man uns bisher zugebilligt hat.“ — Also: Brotpreiserhöhung!

Die Regierung Adenauer ersucht vergeblich, die durch ihre Politik herbeigeführte Verteuerung des Brotes zu verschleiern oder auf die Bäcker abzuwälzen. Hier wehrt sich das Bäckerhandwerk mit Recht. Das Hin und Her um den Brotpreis hat lediglich den Zweck, zu verhindern, daß die arbeitenden Menschen den wahren Schuldigen, die Bonner Regierung, erkennen. Sie wollen sich mit dem Tatbestand einer Verteuerung des Brotes abfinden. Das aber darf nicht sein. Es ist höchste Zeit, daß besonders die Frauen ihre Stimme erheben. Es ist ja nicht nur der Brotpreis. Es droht ja allgemeine Verteuerung und es sind ja schon Verteuerungen aller Art eingetreten, wie z. B. die Erhöhung des Strompreises und der Mieten. Eine Aenderung dieser Entwicklung ist nur durch das entschlossene Auftreten der arbeitenden Menschen selbst zu erreichen.

Hände weg von Korea!

Oeffentliche Versammlung in Hemsbach im Lokal „Ratskeller“ am Freitag, 14. 7., 20 Uhr.

Referent: Robert Klausmann, Md.L.

Läden können von 5 bis 21 Uhr offen sein

Karlsruhe. (Iwb) Im Landesbezirk Nordbaden dürfen Lebensmittelgeschäfte vor sieben Uhr morgens, jedoch nicht vor fünf Uhr, öffnen, wenn eine Genehmigung der Ortspolizeibehörde eingeholt wird. Der Präsident des Landesbezirks Nordbaden hat den Ladenschluß auf 19 Uhr festgesetzt. Bei besonderer Genehmigung durch die Ortspolizeibehörde können die Läden jedoch bis spätestens 21 Uhr offen halten. An Sonn- und Feiertagen müssen die Verkaufsstellen des Handelsgewerbes geschlossen bleiben.

## Großes Kinderfest mit Musik und vielen Spielen

am Sonntag, den 16. Juli, 14 Uhr im schönen Garten und in allen Räumen des Restaurants „Lerchenberg“, Durlach, Rittnerstraße

Das Fest findet bei jeder Witterung statt, weil genügend hübsch dekorierte Säle zur Verfügung stehen.

Ab Endstation Durlach und ab Haltestelle Karl-Weyser-Str. sind Wegweiser mit der Aufschrift „Zum Kinderfest“ angebracht.

## Die Verbundenheit

der Leser mit unserer Zeitung garantiert den Erfolg

Ihrer Werbung

Rührige

## Anzeigen-Vertreter

für Tageszeitung in versch. Bezirken Nordbadens bei guten Provisionssätzen sofort gesucht

Eilbewerbungen von Fachkräften unter Nr. 32 - 87 an den Verlag erbeten



bleibt stets Spitzen-Qualität  
jetzt -55

## Drucksachen

liefert rasch und preiswert

Rhein-Druck  
G. m. b. H.  
Mannheim S 3, 10

## Ich biete an:

Wäster Käse 20% Fett i. T., 500 g DM -98

Linsurger Käse o. Rinde, 20% Fett i. T., 500 g -98

Im Pflüzer Hausmoch. -47  
Leberwurst 100 g DM

Frischkäse 1 1/2 Kilo-Dose Inhalt ca. 14 Stück Dose 1.68

Kräuteressig offen, 5%, Saure, 1 Liter DM -48

Weinessig offen, 5%, Saure 20 v. H. Weingehalt, 1 Liter -60

Geräuch. Jagdwurst 100 g DM -47

Apfelsaft 1 Literflasche o. Gl. DM -75

1945er Kollischer Gumborg Wachstum Winzerverein Leistadt, 1/2 Flasche o. Gl. 2.65

Noues Früh-Semerkreut Feine Matjesheringe und neue Kartoffeln



GEGR. 1850

### Der Mord für eine Schachtel Zigaretten

Stuttgart. Das Amtsgericht Stuttgart hat gegen den ehemaligen Kapo im KZ Ravensbrück Fritz Messer aus Heilbronn Haftbefehl erlassen. Messer war während der Schwurgerichtsverhandlung gegen Beer in Stuttgart festgenommen worden.

Die Vernehmung ergab, daß der wegen Zuhälterei, Diebstahls und anderer Delikte mehrfach vorbestrafte 33jährige Messer im Jahre 1937 als Vorbeugungshäftling in ein Konzentrationslager eingewiesen worden war. Nach mehrmaligen Lagerwechsel war er auch in Ravensbrück untergebracht worden, wo es ihm gelungen war, Blockältester und Kapo zu werden.

Im Frühjahr 1942 wurde während eines Zählappells die Flucht eines Häftlings festgestellt. Auf Veranlassung von Beer führten die Kapos, Block- und Stubenältesten eine Suchaktion durch. Beer gab den Auftrag, den Häftling nicht lebend ins Lager zurückzubringen. Messer und einige andere Kapos fanden den Geflüchteten in einer Baracke, in der Kleider aufgeschichtet waren.

Der Häftling wurde aus seinem Versteck hervorgezogen und aus einer Höhe von 4 m auf den Betonboden hinuntergestoßen. Dann schleiften die Kapos ihn an eine Verlaerrampe, wo er noch einmal aus einer Höhe von einhalb Meter auf den Boden geschleudert wurde.

Der leblose Häftling wurde dann ins KZ und dort an den noch angetretenen Häftlingen vorbei ins Leichenhaus geschleift. Dann forderte Beer den Kapo Messer auf, an das Rapportführerpult zu treten, um vor den angetretenen Häftlingen eine Schachtel Zigaretten als Belohnung entgegenzunehmen.

Bei der Vernehmung durch die Landespolizei war Messer geständig.

### Spinale Kinderlähmung in Sinsheim

Sinsheim. (Iwb) In Sinsheim sind in den letzten Tagen drei Kinder im Alter von vier, sechs und neun Jahren an spinaler Kinderlähmung erkrankt. Der letzte Krankheitsfall ist am Mittwoch aufgetreten. Die Schulen und Kindergärten in Sinsheim sind bis jetzt noch nicht geschlossen worden.

Neuer „Führer durch Heidelberg“ erschienen Heidelberg. (Iwb) Im Hörnig-Verlag Heidelberg ist eine verbesserte und erweiterte Auflage eines „Führers durch Heidelberg“ in Taschenformat erschienen. Das mit 32 Bildern aus Heidelberg und seiner Umgebung illustrierte Bändchen gibt einen Ueberblick über die Sehenswürdigkeiten der Neckarstadt.

### Schwerer Verkehrsunfall

Bad Dürkheim. Als ein Radfahrer kurz hinter Bad Dürkheim auf einer Fahrt nach Donaueschingen zur linken Straßenseite herüberschwenken wollte, bemerkte er einen Personenkraftwagen, der ihn bereits eingeholt hatte. Er versuchte, die rechte Seite wieder zu gewinnen. Das Auto bog jedoch auch aus, bremste, geriet ins Schleudern und prallte mit voller Geschwindigkeit gegen einen Baum. Von den sechs Insassen blieb nur ein Kind unverletzt. Der Fahrer und sein neben ihm sitzender Schwiegersohn wurden gegen die Windschutzscheibe geschleudert und erlitten schwere Schnittwunden im Gesicht und weitere Verletzungen am Kopf. Eine hinten sitzende 53 Jahre alte Frau starb auf dem Transport ins Krankenhaus an den Folgen eines schweren Schädelbruchs und an inneren Verletzungen. Zwei weitere Frauen mußten, die eine mit einem Schädelbruch, die andere mit einer Gehirnerschütterung, in das Schwenninger Krankenhaus eingeliefert werden. Der Radfahrer kam mit leichten Verletzungen davon.

### Badischer Handwerkertag 1950

Freiburg. Unter dem Losungswort „Das Handwerk kämpft um seine Selbsterhaltung und seine Rechte“ veranstaltet das badische Handwerk seinen diesjährigen Handwerkertag am 23. Juli in Villingen. Dieser Handwerkertag soll eine einmütige Kundgebung dafür sein, daß das Handwerk nicht gewillt ist, seine in über 100 Jahren erkämpften Rechte auf Grund der von den Besatzungsmächten empfohlenen uneingeschränkten Gewerbefreiheit preiszugeben.

Im Rahmen der Kundgebungen werden der Präsident der Vereinigung der Handwerkskammern im Bundesgebiet, Installateurmeister Hockelmann, Augsburg, sowie zahlreiche andere Handwerksvertreter sprechen. Eine Ausstellung des Villingen Handwerks, Vorträge und Darbietungen am Vorabend des Handwerkertages, ein Festzug sowie Meisterfreisprechungsfeiern umrahmen den Festtag.

Aus allen Kreisen Badens sind verbilligte

## Wer tut wirklich etwas für die Jugend?

### Achtzig Millionen für die Jugend in der DDR, aber nur drei Millionen im Bonner Separatstaat — Aus der Sitzung des Kreisjugend-Ausschusses

Heidelberg. Auf der Kreisjugendausschusssitzung von Heidelberg am vergangenen Montag wurde wieder einmal das Problem Schloß Rotenberg, das bereits seit mehreren Monaten erörtert wird, aufgerissen. Während der Landespräsident schon wiederholt entschieden hatte, daß das Schloß in seiner Bestimmung und Bauart wie kein zweites geeignet sei, der Jugend zu dienen, will nun Landrat Klotz dort durchaus ein Altersheim einrichten. Gerade, weil die Jugend die Sorgen des Alters zu schätzen weiß, will sie den alten Leuten nicht die halbbrüchlichen Touren auf Schloß Rotenberg zumuten. Das Schloß ist als Altersheim mit seinen steilen Holzstiegen, kleinen Fenstern und engen Räumen niemals denkbar. Diese Tatsache erkennend, sprachen sich alle Vertreter der Jugendorganisationen, wie auch die anwesenden Landtagsabgeordneten übereinstimmend für die Verwendung des Schlosses Rotenberg, das südlich von Wiesloch liegt, als Jugendheim aus und zeigten den festen Willen, es nicht nur bei der Bitte zu lassen, zumal feststeht, daß andere Möglichkeiten und bessere Unterkünfte für die alten Leute bestehen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung mußten alle Jugendgruppen die betrübliche Feststellung machen, daß von den angeforderten 24 000 DM für Jugendpflege wieder einmal lediglich 10 000 DM genehmigt wurden.

## „Einer der grauenvollsten Prozesse“

### Fünfzehn Jahre Zuchthaus für KZ-Lagerführer Beer

Stuttgart. (EB) Der ehemalige KZ-Lagerführer von Ravensbrück, Rudolf Beer, wurde am Mittwoch vom Schwurgericht in Stuttgart wegen 25 Vergehen der Körperverletzung und elf Vergehen der Aussagepressung sowie wegen der Aufforderung zum Totschlag zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm für die Dauer von zehn Jahren aberkannt.

In seiner Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende, das Gericht habe leider nicht die Möglichkeit gehabt, eine höhere Strafe auszusprechen, weil das deutsche Gesetz eine höhere Strafe nicht kenne. Die Verbrechen des Angeklagten seien so ungeheuerlich, daß der gegebene Strafrahmen einfach nicht mehr ausreiche. Was die Beweisaufnahme ergeben habe, sei fürwahr ein Bericht aus der Hölle. Selbst diejenigen Deutschen, die sich während des Dritten Reiches die Zustände in den Konzentrationslagern in den schwärzesten Farben ausgemalt hätten, hätten sich derartige Grausamkeiten und mittelalterliche Folterungen nicht vorstellen können, weil ihre Phantasie nicht ausreichte. Der Vorsitzende sagte dann, daß Beer ursprünglich wohl weniger aus Sadismus als im Machtrausch gehandelt habe.

Besonders schwer wertete das Schwurgericht die serienweise Folterung von Häftlingen, wobei der Vorsitzende noch einmal betonte, daß das Schwurgericht im Strafmaß viel höher gegangen wäre, wenn es die Möglichkeit gehabt hätte, aber da für derartige Straftaten als Höchststrafe 5 Jahre Zuchthaus vorgesehen wurden, habe der Gesetzgeber eben nicht daran denken können, daß solche mittelalterlichen Hexenprokz-Methoden in einem zivilisierten Volk vorkommen können. Er nannte den Prozeß Beer einen der grauenvollsten Prozesse, die das Schwurgericht jemals verhandeln mußte. Der Vorsitzende wies besonders auf die außerordentliche Objektivität der Zeugen hin. Man habe sich wundern müssen, daß Menschen, die derartige Grausamkeiten an eigenen Leib zu spüren bekamen, noch so frei von Haß Selbsterlebtes und Gehörtes unterscheiden können.

Die Summe der verschiedenen Einsatzstrafen ergab insgesamt 64 Jahre Zuchthaus, woraus das Gericht keine höhere Gesamtstrafe festsetzte.

Sonderfahrten geplant. Nähere Auskünfte hierüber erteilen die Handwerkskammern Freiburg und Konstanz sowie deren Neben- und Außenstellen.

### Dreijähriger von Bienen überfallen

Bühlertal. Ein dreijähriger Knabe, der einem Bienenstand zu nahe kam, wurde von den Bienen überfallen. Ein Vorübergehender packte den Knaben und legte ihn unter den Auspuff eines zufällig haltenden Dieselfahrzeuges, wodurch die Bienen vertrieben wurden. Eine Abwaschung mit Seifenbrühe und die Entfernung von 45 Bienenstacheln retteten dem Dreijährigen das Leben.

Diakon Sponagel fragte in diesem Zusammenhang mit Recht, wie es möglich sei, daß die Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik vom Staat 80 Millionen, wir aber hier im Westen für die Jugend von der Bundesrepublik nur 3 Millionen zur Verfügung gestellt bekommen.

Finanzdirektor Funk machte seinerseits den recht originellen Vorschlag, die Jugendverbände sollten sich mit ihren persönlichen

Bitten in finanzieller Hinsicht doch an den Oberbürgermeister wenden. Da aber schon wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, daß von der Unterstützung der Stadt manches Ferienlager abhängt, das dazu dienen soll, der notleidenden Jugend neue Kräfte für den schweren Kampf im Alltag zu geben, kann sich die Jugend von einer weiteren „Belastung“ der Finanzen der Stadt Heidelberg erst recht nichts versprechen.

## Im Geiste der Völkerversöhnung

### Resolution der Lörracher Kämpfer für den Frieden

Lörrach. Das am 4. Juli 1950 tagende Komitee der Kämpfer für den Frieden, Kreis Lörrach, erklärt, daß es mit besonderer Hochachtung auf die vorbildliche Haltung des französischen Volkes im Kampf um die Erhaltung des Friedens sieht. Wir wissen uns mit den Friedensfreunden in Frankreich darin einig und begrüßen besonders die gemeinsame Erklärung des FDGB und der CGT Frankreich, jede Produktion von Kriegsmaterial, die Einrichtung militärischer Anlagen und jede andere strategische Vorbereitung, die den Gedanken an einen Krieg voraussetzt, zu bekämpfen. Wir glauben auch, mit dem französischen Volk und allen Völ-

kern der Erde darin übereinzustimmen, daß es dem besten menschlichen Willen entspricht, zur Erhaltung des Friedenswillens in der Welt auch das Augenmerk auf alle Kriegsvorbereitungen zu richten.

Um so befremdlicher ist daher für die deutschen Friedensfreunde das Verbot der Zeitungen „Unser Tag“ und „Neues Leben“ durch den französischen Hohen Kommissar in Westdeutschland. Die Veröffentlichungen dieser Zeitungen hatten keinen anderen Zweck verfolgt, als dem Gedanken des Friedens für die Menschheit Raum zu geben. Die politische Richtung dieser beiden verbotenen Zeitungen kann für die deutschen Friedensfreunde, die in den verschiedensten Parteien und Konfessionen stehen, keine Rolle spielen, aber das Verbot wirkt wie das Beschneiden der Flügel der Friedenstaube, die in Paris zum Fluge um die Welt aufgestiegen ist.

Wir fordern daher die Aufhebung des Verbotes durch den französischen Hohen Kommissar und glauben, daß eine Aufhebung des Verbotes erheblich zur Verständigung zwischen dem französischen und deutschen Volke beitragen würde und in der augenblicklichen Weltlage einer Manifestation des Friedens und der Sicherheit gleichkäme. Das Komitee der Kämpfer für den Frieden für den Kreis Lörrach.

strafe bilden konnte als 15 Jahre Zuchthaus. Am kommenden Montag, wenn der abgetrennte Mordfall (die Erschießung eines 18-jährigen russischen Kriegsgefangenen) verhandelt wird, wird es sich erweisen, ob es bei der zeitlichen Strafe bleibt. KHE

## Schuble erhielt abermals 9 Monate Gefängnis

### Der Boxgeschäft-Partner Mannheims wollte sich durch Falschgeld sanieren

Im Februar dieses Jahres trat der Mannheimer Boxring an die Mannheimer Stadtverwaltung bzw. den Beigeordneten Riedel mit dem Vorschlag heran, den Boxkampf Walcott — ten Hoff in Mannheim auszutragen. Der Mannheimer Boxring operierte dabei mit einem Vertrag des Heidelberger Boxunternehmers Heinz Schuble. Dieser Heinz Schuble war im Januar dieses Jahres von der Großen, Strafkammer in Frankenthal „wegen Verabredung zu einem Verbrechen der Falschmünzerei“ zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Dieses Strafmaß war zusammengezogen worden aus zwei Strafen von je 6 Monaten wegen Verabredung und wegen Aufforderung zu einem Münzverbrechen. Bei der Revision beim Oberlandesgericht in Neustadt (Pfalz) im Februar wurde der Einspruch gegen die Strafe wegen Verabredung zum Münzverbrechen verworfen, dieser Teil des Urteils also rechtskräftig. Im Falle der Verurteilung wegen Aufforderung zu einem Münzverbrechen wurde der Fall zur Neuverhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Trotz dieses klaren Sachverhalts und trotzdem die Ausschließung Schubles aus dem Boxverband und die Entziehung seiner Lizenz aufrecht erhalten wurden, sein Vertrag mit Walcott damit also hinfällig geworden war, operierte der Mannheimer Boxring bei seinen Verhandlungen mit der Stadtverwaltung weiter mit Schuble und seinem fragwürdigen Vertrag. Bei der Pressebesprechung der Stadtverwaltung im März war Schuble mit anwesend und auf die Anfrage eines Pressevertreters gaben Schuble und ein Vertreter des Mannheimer Boxings eine völlig irreführende Darstellung von der Revisionsverhandlung, aus der entnommen werden mußte, daß Schuble völlig rehabilitiert sei.

Bei der nochmaligen Verhandlung des Falles Schuble in einer außerordentlichen Sitzung der Großen Strafkammer des Landesgerichts Frankenthal im Juli mußte Schuble

nun zugeben, daß er sich mit seinem Komplizen bei zwei Chemigraphen einer Ludwigshafener Klischee-Anstalt nach der Möglichkeit zur Herstellung von Falschgeld erkundigt hatte. Diese aber brachten den Fall zur Anzeige und bestätigten als Zeugen, daß ihnen von Schuble und seinem Komplizen ein Hundertmarkschein und das Papier für die Fälschungen gezeigt und außerdem erhebliche Beträge für ihre Mithilfe versprochen waren. Das Urteil gegen Schuble lautete abermals auf 9 Monate Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde angeführt, daß „an der Verabredung, sich durch Falschgeld aus der Klemme zu helfen, nicht zu rütteln sei“. Der 24jährige Schuble hatte nämlich nach mehreren seiner mißlungenen Boxveranstaltungen eine Schuldenlast von 12 000 DM, die er auf dem Wege der Falschmünzerei loszuwerden gehofft hatte. Nachdem das infolge Eingreifens der Justiz nicht gelungen war, sollte nun das „große Boxgeschäft“ in engster Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Mannheim Rettung bringen.

Ein verkrachter und stark verschuldeter „Boxunternehmer“ von 24 Jahren, der wegen einer Verabredung zur Falschmünzerei soeben rechtskräftig verurteilt war, das war also der eine Geschäftspartner des Beigeordneten Riedel bei diesem großen Boxgeschäft. Und der fragwürdige Vertrag — der sich ja dann als ein wertloses Fetzen Papier herausstellte — dieses fragwürdigen Boxunternehmers Schuble war das Fundament, auf dem der Beigeordnete Riedel seine Rechnung mit einer Viertelmillion Gewinn für die Stadt Mannheim bei diesem Boxgeschäft aufbaute. Der Mannheimer Boxring aber, der doch über die Verhältnisse genau Bescheid wissen mußte, ließ seinen Geschäftspartner, den Beigeordneten Riedel, in dem „guten Glauben“ an Herrn Schuble und seinen, ach so kostbaren Vertrag.

Schuble braucht die 9 Monate Gefängnis nicht abzutzen, denn er kommt in den Genuss der Amnestie vom 31. 12. 49. Seine neuerlichen Bemühungen aber, sich wieder

### Betriebsräte gegen Dr. Ott

Karlsruhe. Die Betriebsräte des Albtalles befaßten sich am Dienstag auf einer Sitzung in Ettlingen mit einer Aeußerung des Bundestagsabgeordneten Dr. Franz Ott. Auf einer Versammlung der Deutschen Gewerkschaft in Ettlingen soll Dr. Ott, wie auf der Sitzung der Betriebsräte mitgeteilt wurde, erklärt haben, „er werde Gewerkschaftsfunktionäre verhaften lassen, wenn er an die Macht käme!“

Gewerkschaftssekretär Alfred Göber sagte, diese offene und unverhüllte Drohung sei weitgehender als die Drohungen, die Hitler vor 1933 ausgesprochen habe. Die Gewerkschaften seien jedoch nicht gewillt, solche Drohungen unbeantwortet zu lassen.

### Lastwagen gegen Straßenbahn

Dieser Tage ereignete sich ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Lastzug und einer Straßenbahn. Hierbei wurde ein Fahrgast der Straßenbahn durch Schnittwunden verletzt, während der Motorwagen der Straßenbahn schwer beschädigt wurde. Der Straßenbahnverkehr blieb bis zur Ausräumung 45 Minuten unterbrochen.

### „Du rennst Dir heute noch das Hirn ein!“

Backnang. (Iwb) Dieser Tage raste ein Motorradfahrer mit 100-km-Tempo in einer Kurve bei Backnang auf einen entgegenkommenden Lastwagen. Der Fahrer und der Insasse des Biwagens wurden durch den Aufprall so schwer verletzt, daß sie einige Stunden nach dem Unfall im Kreiskrankenhaus Backnang ihren Verletzungen erlagen.

Eine halbe Stunde vor dem Unfall hatte eine Nachbarin des Motorradlenkers den tolen Fahrer mit den Worten gewarnt: „Du rennst Dir heute noch das Hirn ein!“

### 36 Diebstähle in zwei Monaten

Karlsruhe. (Iwb) Das Karlsruher Schöpfungsericht verurteilte am Dienstag einen 20-jährigen Mann aus Karlsruhe wegen Diebstahls zu 2 Jahren Gefängnis. Der Verurteilte hatte innerhalb von 2 Monaten 36 Diebstähle begangen. Er stahl insbesondere Fahrräder, die er für je 20 bis 25 DM weiterverkaufte.

## Schuble erhielt abermals 9 Monate Gefängnis

### Der Boxgeschäft-Partner Mannheims wollte sich durch Falschgeld sanieren

nun zugeben, daß er sich mit seinem Komplizen bei zwei Chemigraphen einer Ludwigshafener Klischee-Anstalt nach der Möglichkeit zur Herstellung von Falschgeld erkundigt hatte. Diese aber brachten den Fall zur Anzeige und bestätigten als Zeugen, daß ihnen von Schuble und seinem Komplizen ein Hundertmarkschein und das Papier für die Fälschungen gezeigt und außerdem erhebliche Beträge für ihre Mithilfe versprochen waren. Das Urteil gegen Schuble lautete abermals auf 9 Monate Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde angeführt, daß „an der Verabredung, sich durch Falschgeld aus der Klemme zu helfen, nicht zu rütteln sei“. Der 24jährige Schuble hatte nämlich nach mehreren seiner mißlungenen Boxveranstaltungen eine Schuldenlast von 12 000 DM, die er auf dem Wege der Falschmünzerei loszuwerden gehofft hatte. Nachdem das infolge Eingreifens der Justiz nicht gelungen war, sollte nun das „große Boxgeschäft“ in engster Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Mannheim Rettung bringen.

Ein verkrachter und stark verschuldeter „Boxunternehmer“ von 24 Jahren, der wegen einer Verabredung zur Falschmünzerei soeben rechtskräftig verurteilt war, das war also der eine Geschäftspartner des Beigeordneten Riedel bei diesem großen Boxgeschäft. Und der fragwürdige Vertrag — der sich ja dann als ein wertloses Fetzen Papier herausstellte — dieses fragwürdigen Boxunternehmers Schuble war das Fundament, auf dem der Beigeordnete Riedel seine Rechnung mit einer Viertelmillion Gewinn für die Stadt Mannheim bei diesem Boxgeschäft aufbaute. Der Mannheimer Boxring aber, der doch über die Verhältnisse genau Bescheid wissen mußte, ließ seinen Geschäftspartner, den Beigeordneten Riedel, in dem „guten Glauben“ an Herrn Schuble und seinen, ach so kostbaren Vertrag.

Schuble braucht die 9 Monate Gefängnis nicht abzutzen, denn er kommt in den Genuss der Amnestie vom 31. 12. 49. Seine neuerlichen Bemühungen aber, sich wieder

### Internationale Sportmeldungen

Die Pfingsten aus finanziellen Gründen abgesagte internationale Alpenfahrt der Radamateure kommt nun endgültig vom 3. bis 15. August zum Austrag. Außer der gesamten deutschen Spitzenklasse hofft man auf Teilnehmer aus Italien, Oesterreich, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg und der Schweiz.

Eine Delegation des saarländischen Fußballbundes besprach am Montag beim Süddeutschen Fußballbund eine Teilnahme süddeutscher Mannschaften beim internationalen Saarländpokal. Von saarländischer Seite hofft man, daß je zwei Vereine der süddeutschen und südwestdeutschen Oberliga beim nächsten Pokalwettbewerb teilnehmen können.

Die Grashoppers Zürich und der FC Bern gastieren am 6. und 13. August anlässlich der 700-Jahrfeier der Stadt Schopfheim beim südbadischen Fußball-Landesligaveretreter SSV Schopfheim.

In der Endrunde der Weltmeisterschaften im Florettfechten in Monte Carlo besiegte Italien am Dienstag Aegypten mit 13:3 und Frankreich Belgien mit 12:4 Punkten.



## Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN  
Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

60. Fortsetzung

Waamtscho trauerte sehr um den Vater. Nach dessen Bestattung verließ er das Zelt überhaupt nicht mehr. Der Brauch verbot ihm das Jagen für dreißig Tage. Alek war zum Fluß nach Südwassereis gegangen, und Waamtscho saß traurig und verlassen mit seinen Gedanken im Wohnzelt und rauchte seine Pfeife. Die Mutter vom Abhang abgestürzt, den Vater hatte der Bär zerrissen. Es ist nicht gut wenn viel Platz im Zelt ist. Es ist traurig. Wenn bloß bald Kinder kämen! Es muß laut sein im Zelt.

matage. Aufgeregt erzählte er die letzte Neuigkeit, die er soeben vom Schamane Korauge erfahren hatte.

„Waamtscho wurde Vorsitzender“, sagte Tumutage. „Warum gibt man unseren Leuten solche Namen? Korauge hat gesagt, daß das der Grund sei, weshalb der alte Waal ungelassen ist. Was für ein Vorgesetzter ist denn schon Waamtscho? Er besitzt nicht einmal ein vollständiges Hundegespann. Sieben Hunde statt zwölf! Die Geister sind so einem Vorgesetzten und Vorsitzenden abhold! Deshalb hat ihn auch das Unglück getroffen.“

Angstbebend lauschten die Jäger Tumutage. Oh, Tumutage erfuhre alle Neuigkeiten als erster! Niemand ist so oft in Alitets Zelten wie Tumutage.

„Ja, wozu brauchen wir Vorgesetzte an der Küste?“ fragte Tumutage. „Früher gab es sie doch auch nicht. Die Menschen lebten und wurden ohne einen Vorgesetzten geboren. Der Russe mit dem Bart hat sie erfunden. Und wozu? Niemand weiß es. Wahrscheinlich will der Bärtige einen Stamm von Vorgesetzten und Vorsitzenden an der Küste verbreiten. Das meint Korauge. Und Korauge kennt das Leben!“

Wahrscheinlich ist es wahr, dachten die Jäger. Der Bär hatte den alten Waal doch nicht angegriffen, solange Waamtscho nicht Vorsitzender war.

„Korauge hat gesagt“, fuhr Tumutage fort, „daß der Bär den Vorsitzenden gerochen habe und deshalb so nahe an die Küste gekommen sei. Das ist noch nie vorgekommen. Der schwarzbraune Bär ist ein Bergbewohner. Weshalb wäre er sonst hierhergekommen?“

Und den Leuten wurde auf einmal alles verständlich. Sie wunderten sich nur darü-

ber, wie richtig der Schamane Korauge das alles erraten hatte. Von allein wären sie nicht darauf gekommen! Wie eine vom Winde getriebene Vogelfeder flog das Wort „Vorsitzender“ an der Küste entlang.

Lange sprachen die Jäger über die letzte Neuigkeit, die Tumutage gebracht hatte. Diese Neuigkeit drang auch in die Jaranga des Vorsitzenden des Stammesowjets, Waamtscho. Die aufgeregte Alek brachte sie mit. Sie legte das Eis in ein Fäßchen und erzählte Waamtscho, wie Korauge von den Absichten des Bären erfahren hatte. Der Bär würde wiederkommen und auch sie noch zerreißern, wenn Waamtscho weiterhin Vorgesetzter bliebe.

Das, was Alek erzählt hatte, betäubte Waamtscho noch mehr. Und der Vorsitzende fing an, genau so zu denken wie alle Menschen der Siedlung Enmakai.

Waamtscho holte aus der speckigen Kiste das Schreiben hervor, das Loß dagelassen hatte. Im Schreiben war angegeben, daß der Genosse Waamtscho Vorsitzender des Stammesowjets von Enmakai sei. Waamtscho konnte nicht mit dem Papier sprechen, aber der russische Leiter hatte selbst mit dem Papier darüber gesprochen. Damals war das alles sehr spassig, ja es rief sogar ein Lächeln hervor. Wozu hatte aber dieser Spaß jetzt geführt? Er hatte dadurch seinen Vater verloren.

Lange drehte Waamtscho das Schreiben in seinen Händen, betrachtete es und dachte lange nach.

Alek setzte sich zu ihm. Mit einer Schulterbewegung ließ sie die Pelzjacke fallen, lehnte sich an den Rücken Waamtschos, nahm seine Hand in die ihre und sagte leise:

„Waamtscho, die Leute lassen dir sagen, daß du zu Korauge gehen sollst. Ich weiß, daß du ihn nicht magst. Aber das ist gleich, du mußt gehen ... Die Leute werden es nicht ohne Grund sagen. Das Menschlein, das ich unter meinem Herzen trage wünscht es sehr, daß du zu Korauge gehst. Es will nicht, daß noch mehr Unheil unsere Jaranga trifft.“

Waamtscho wandte sich um und sah seine Frau an. Tiefe Trauer lag auf seinen Zügen. Er legte die Hand auf ihre Schulter, streichelte sie und sagte:

Sage diesem Menschlein unter deinem Herzen, daß ich sofort zu Korauge gehe!“

Waamtscho warf sich die Pelzjacke über, faltete das Schreiben, steckte es in seinen Brusttasche und ging hinaus.

Der strahlende und zufriedene Blick Aleks begleitete ihn.

Den Kopf geneigt wie ein schuldiger Junge, kroch Waamtscho in das Zelt des Schamanen. Korauge war allein. Er kratzte sich mit den kralligen Fingern und fing Ungeziefer.

Ohne erst die übliche Begrüßung abzuwarten, hob Waamtscho den Blick zum Schamanen und sagte:

„Korauge, auch ich weiß jetzt, warum mein Vater sterben mußte. Da ist das Papier von dem Vorgesetzten.“

„Gib es-mal her! Man muß es sich gründlich ansehen“, krächzte Korauge ungnädig.

Der Schamane kniff die Augen zusammen, starrte mit zitterigen Händen das Schreiben auf seinem nackten Knie und besah es sich unverwandt beim Schein des Herdes.

„Sieh mal an, was für eines das ist! Es ent-reißt sich ja den Händen“, sagte er.

Rück näher zu mir!“ winkte ihm Korauge.

„Sieh selbst ... Auf dem Schreiben sind Berge zu sehen ... Siehst du? Und hier an Rande sieht der Bärenkopf hervor.“

Waamtscho sah hin, und ein großer Schrecken befiel ihn. Dort unten, wo sich der Stempel befand, sah tatsächlich so etwas wie ein Bärenkopf hervor, und auch die Umrisse der Berge waren zu erkennen.

Höre auf Vorsitzender zu sein! Das Schreiben aber muß man auf einem Scheiterhaufen der Weißgesichter verbrennen. Schnitze Späne aus den Brettern der Weißgesichter, übergebe sie mit Leuchtran und verbrenne das Schreiben! Gib acht, daß sein stinkender Rauch nicht zur Jaranga hinweht! Alle Siedlungsbewohner sollen sich versammeln. Sie sollen zusehen, wie es sich krümmen und wie es zischen wird ... ohnmächtig und hilflos gegen die Geister. Befolgt du meinen Rat nicht — so kommt ER und zerreißt Alek, wenn sie eßbare Pflanzenwurzeln sammeln. Da, nimm es!“

Und der Schamane Korauge warf das Schreiben mit Abscheu auf den Boden.

Waamtscho fing es auf und kroch aus dem Zelt. Im Vorzelt begegnete er Tygrena. Er lächelte ihr verlegen zu und erschrak im gleichen Augenblick vor ihrem Blick. Tygrena stützte ihren hohen Leib mit den Händen und sah Waamtscho an, ohne mit der Wimper zu zu zucken. Sie wies mit der Hand nach der Tür und sagte leise:

„Geh! Du bist dumm wie ein Seehund, Waamtscho!“

Waamtscho lief nach Hause und erzählte seiner Frau schnell, was Korauge ihm gesagt hatte.

Alek hörte ihm angstvoll zu.